

## Notizen zu einer Kritik der Migrationspolitik

Fabian Georgi

Seit Anfang der 1980er Jahre führen die Industriestaaten des Globalen Nordens einen unerklärten Krieg gegen die selbstbestimmte Mobilität von Flüchtlingen, MigrantInnen und WanderarbeiterInnen aus dem Globalen Süden. Tausende von Toten fordern ihre restriktiven Grenzregime Jahr für Jahr. Und obgleich es ihren Kontrollinstitutionen nicht gelingt, die subalterne Mobilität zu stoppen, illegalisieren und entrechten sie Millionen.

Der Widerstand gegen diese repressive Expansion von Migrationskontrollen und ihre unmenschlichen Folgen wurde von Beginn an durch Wissenschaft unterstützt und reflektiert. Der Bogen dieser kritischen Wissensproduktion spannt sich von der emphatischen Verteidigung des deutschen Asylrechts als Konsequenz des Nationalsozialismus in den 1980er Jahren (Spaich 1982) und den Debatten über einen ›neuen Rassismus‹ in Europa (Institut für Migrations- und Rassismusforschung 1992) über die Studien der *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration* ab Mitte der 1990er Jahre zum Ausbau des Grenzregimes in Osteuropa (vgl. FFM 2013) bis zu den theoretischen Interventionen des aktivistischen *Frassanito-Netzwerks* und der *Transit Migration Forschungsgruppe* (2007).

Diese und viele weitere Bezüge flossen 2008 in die Gründung des *Netzwerks für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet)* ein. Das Netzwerk gründete sich aus der Wahrnehmung heraus, dass der Mainstream der Migrationsforschung sich karrierebewusst staatlichen Kontrollimperativen unterordnete oder, allzu verzagt, die Einhaltung von Menschenrechten anmahnte. Eine zentrale Frage des heterogenen Netzwerks ist, was denn eine *kritische* Wissensproduktion im Feld von Migration und Grenzen ausmacht könnte, wie überhaupt Wissenschaft zu einer kritischen und widerständigen wird (vgl. Hess/Kasperek 2010). Welchen Ausgangspunkt und welche Begründung kann die Kritik von Migrations- und Grenzregimen haben? Welche Formen und Strategien der Kritik sind anzuwenden? Und in welchem Verhältnis steht kritische Grenzregimeforschung zu migrantischen Kämpfen, aktivistischer Antira-Bewegung und akademischen Mainstream? Diesen Fragen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Textes.<sup>1</sup> Der Text formuliert vorläufige Antworten aus einer materialistischen Perspektive, gestützt auf die Theorie von Marx über die Frankfurter Schule bis heutigen Theoretikern wie Alex Demirović und John Holloway.

### Ausgangspunkte: Kritische Theorie als entfaltetes Existenzialurteil

Der Ausgangspunkt von Kritik, so John Holloway, ist nicht gelassene Kontemplation, »nicht die Haltung der Vernunft, nicht das vernünftige Sich-Zurücklehnen-und-über-die-Geheimnisse-der-Existenz-Nachdenken« (Holloway 2004: 10). Der Ausgangspunkt von Kritik (an Migrationspolitik oder anderen Momenten der Re-

alität) sind Erfahrungen oder Gefühle von *Dissonanz*: Unbehagen oder Ohnmacht gegenüber gewaltsamen Abschiebungen, Scham oder Frustration über die Isolation von Geflüchteten in menschenunwürdigen Lagern, Trauer oder Zorn über Tausende Grenztote, Empörung oder Haß wegen der systematischen Entrechtung von Millionen von Menschen. »Der Ausgangspunkt theoretischer Reflexion ist Opposition, Negativität, Kampf. Die Wut treibt zum Gedanken« (ebd.).

Holloway fasst diesen emotionalen Ausgangspunkt von Kritik mit der Metapher des »Schreis« (ebd.) und er verweist darauf, dass es heute nicht mehr möglich ist, Kritik letztgültig zu begründen oder zu rechtfertigen, nicht durch Religion, Metaphysik, Naturrecht oder einen »objektiven« Klassenstandpunkt. Alle Kritik und kritische Wissenschaft geht letztlich, wie es Max Horkheimer formulierte, auf *Existenzialurteile* zurück. Anders als kategorische Urteile (»so ist es, der Mensch kann nichts daran ändern«) und hypothetische Urteile (»entweder ist es so, oder es ist anders«), beziehen sich Existenzialurteile auf die Spannung zwischen dem was ist, und dem, was sein könnte, dem was *historisch* möglich wäre: »Die kritische Theorie erklärt: es muß nicht so sein, die Menschen können das Sein ändern, die Umstände dafür sind jetzt vorhanden.« (Horkheimer 2003a: 244) Für Horkheimer war »die kritische Gesellschaftstheorie als ganze ein einziges entfaltetes Existenzialurteil« (ebd.; vgl. Demirović 2008: 32f.). Existenzialurteile gehen weit über Dissonanzgefühle hinaus. Sie sind ein voraussetzungsvolles Resultat von Erfahrung, Reflexion und Analyse, eine komplexe ethisch-politische Setzung. Doch einmal erreicht, bilden sie Ausgangspunkte für diejenigen, die sich dem Projekt kritischer Theorie und Wissenschaft verpflichtet sehen, und von denen aus sie ihre Kritik *entfalten*. Kritische WissenschaftlerInnen entwickeln ihre (oft impliziten) Existenzialurteile in bestimmten historischen Situationen, ausgehend von ihrer spezifischen gesellschaftlichen Positionierung. Ohne deshalb den Anspruch »Wahrheit zu sprechen« (ebd.: 37) aufzugeben, müssen sie ihre Existenzialurteile immer wieder zum Gegenstand von Reflexion und Kritik machen (lassen) und sie, wenn nötig, korrigieren.

Das Existenzialurteil, von dem aus eine Kritik der Migrationspolitik ihren Ausgang nimmt, kann grob so formuliert werden: »Staatliche Migrationskontrollen sind tödlich und zutiefst unmenschlich. Sie stehen menschlicher Emanzipation diametral entgegen. In ihrer repressiven Dynamik sind sie aufs engste verbunden mit den Strukturdynamiken kapitalistischer, rassistischer und nationalstaatlicher Vergesellschaftung. Doch sie sind keine Naturnotwendigkeit. Sie sind menschengemacht und sie müssen und können abgeschafft werden. Die historischen Bedingungen dafür sind vorhanden.«

### **Verankert in Bewegungen und Kämpfen**

Ein solches Urteil bedeutet explizit nicht, materialistische Kritik auf bürgerliche Moral herabzustufen. Die letztlich normativen Existenzialurteile sind nicht selbst die materialistische Kritik. Sie bilden den Ausgangspunkt ihrer Entfaltung. Ein erster Entfaltungsschritt kann darin bestehen, zu fragen, welche Kriterien und Maßstäbe Kritik anlegen soll, wenn sie sich nicht mehr auf Gott oder universelle Normen berufen kann. Alex Demirović (2008) verweist darauf, dass Kritik heute »einer neuen Begründung bedarf, weniger im Sinne eines letzten und unbezweifelbaren philosophischen Arguments als einer neuen Verankerung in der Wirklichkeit.« (ebd.: 10).

Da es kein Außerhalb-der-Gesellschaft gibt, da Kritik selbst unhintergebar vermittelt, bedingt und verstrickt ist, kann sie, wenn überhaupt, nur *immanent* verankert werden, innerhalb der gegebenen Gesellschaft. Materialistische Kritik seit Marx hat diese Verankerung in der *Erfahrung* gesellschaftlicher Widersprüche gesucht und in den wirklichen Bewegungen und Kämpfen die mit diesen Widersprüchen verbunden sind. Kritik bezieht sich auf widerständige Affekte, Praktiken, Erlebnisse und Gedanken, weil in ihnen Elemente aufscheinen, die über die gegebene Ordnung hinausweisen. Für Friedrich Engels war sozialistische Theorie »weiter nichts als der Gedankenreflex« (MEW 20: 211) auf die in den kollektiven Klassenkämpfe der ArbeiterInnen aufscheinenden Widersprüche, auf die darin hervorgebrachten Formen der sozialen Kooperation, auf die Ideen, Gefühle und die Praxis einer Solidarität, die Mittel zur Überwindung der bestehenden Ordnung war und zugleich als *Zweck* über diese Ordnung hinauswies. Marx sah es als Aufgabe kritischer Intellektueller, die in den Kämpfen implizite Kritik explizit zu machen. »Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: [...] Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.« (MEW 1: 343).

Entsprechend kann eine kritische Wissensproduktion zu Migration und Grenzen in der Wirklichkeit verankert werden, indem sie sich in eine ständige Auseinandersetzung mit den historischen und aktuellen Bewegungen und Kämpfen der Migration begibt. Sie sollte sich intensiv befassen mit dem Abolitionismus, der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei (vgl. No Border Lasts Forever 2010); mit den erstaunlich aktuellen Debatten der *Zweiten Internationale* über WanderarbeiterInnen; mit den Erfahrungen aus fast 20 Jahren ›Kein Mensch ist Illegal‹ und Noborder-Bewegung und mit der Welle von *Refugee*-Kämpfen 2012/2013.<sup>2</sup> In diesen und vielen weiteren Kämpfen scheinen Praktiken der Kooperation und der Solidarität auf, die erahnen lassen, wie eine Vergesellschaftung jenseits von Grenzzäunen, Entrechtung und Abschiebungen aussehen könnte. Die kritische Theorie der Migrationspolitik ist eine reflektierende, nicht nur widerspiegelnde, gedankliche Reaktion auf diese Kämpfe. Sie ist durch diese Kämpfe in der Wirklichkeit verankert und sie findet in ihnen nicht nur ihren Antrieb und ihre Begriffe und Fragen, sondern auch eine nicht-letztgültige Rechtfertigung.

Mit diesen Formulierungen ist eine Seite des Verhältnisses zwischen kritischer Theorie und den sozialen Kräften benannt, auf die sie sich bezieht und aus denen sie entsteht. Doch will Theorie sich als kritische entwickeln, kann sie nicht schlicht die Inhalte und Strategien dieser sozialen Kräfte reproduzieren. Ihr Verhältnis ist als dynamische Einheit, als Prozeß von Wechselwirkungen zu verstehen »Die Einheit der sozialen Kräfte, von denen die Befreiung erwartet wird, [...] existiert nur als Konflikt [...]. Kritik ist aggressiv nicht nur gegenüber den bewussten Apologeten des Bestehenden, sondern ebenso sehr gegenüber ablenkenden, konformistischen oder utopistischen Tendenzen in den eigenen Reihen.« (Horkheimer 2003a: 232f.).

### **Immanente Kritik I: Linksliberal**

Ausgehend von ihren Existenzialurteilen und ihrer spezifischen Verankerung in der Wirklichkeit stehen kritischer Gesellschaftstheorie für ihre weitere Entfaltung unterschiedliche Formen und Methoden von Kritik zur Verfügung (vgl. Bonß 2003). Die Diskussion einer zentralen Methode kritischer Theorie, der sogenannten ›im-

manenten Kritik«, kann ihre Entfaltung vorantreiben und zugleich ihr Verhältnis zum wissenschaftlichen Mainstream und sozialen Bewegungen präziser bestimmen.

Auf einer einfachen Ebene vergleicht immanente Kritik die Realität mit den Idealen einer Gesellschaft, sie entlarvt das »das Auseinanderklaffen von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, von Proklamation und Exekution« (Agnoli 2004: 196). Im ›Migrationsbereich‹ wenden Flüchtlings-NGOs und linksliberale Migrations-ExpertInnen diese Methode auf spezifische Weise an. Erstens operieren sie auf der Ebene des Rechts und bekämpfen staatliche Abschiebungen und Push-Back-Operationen im Mittelmeer durch den gerichtlichen Abgleich von Realität und juristischen Normen. Zweitens verweisen sie in zahllosen Berichten detailliert auf die Widersprüche zwischen der unmenschlichen Realität und dem Ideal von ›rechtbasierten‹ Migrationskontrollen, die voll mit den Menschenrechten übereinstimmen. Drittens kritisieren sie, dass staatliche Kontrollinstitutionen wie Frontex intransparent arbeiten und nur ungenügend parlamentarisch und öffentlich überwacht werden können.

Kurz: Die linksliberale Kritik will den Staatsapparaten der Migrationskontrolle eine parlamentarisch-völkerrechtliche Kandare anlegen. Für Johannes Agnoli war derartige immanente Kritik nicht überholt, sondern dauerhaft berechtigt, »ihre Aufgabe ist keineswegs zuende; ihr Kampf geht vielmehr in dem gleichen Maße weiter, wie Normen permanent durchbrochen« werden (ebd.). Doch zugleich ist die linksliberale Kritik mehrfach begrenzt. Sie ignoriert jene Verhältnisse, die das Elend der Migrationskontrollen notwendig hervorbringen. Souveräne Nationalstaaten dürfen entscheiden, wer auf ihr Territorium einreisen, wer dort bleiben darf – und wer nicht. Sie dürfen ihre Grenzen kontrollieren, auch gewaltsam. Sie dürfen ›unerwünschte Ausländer‹ abweisen und abschieben. Wie es keine Atomkraftwerke ohne Atommüll, keinen Kapitalismus ohne Krisen geben kann, so kann es souveräne Nationalstaaten nicht geben ohne die permanente gewaltsame Ausgrenzung von Menschen anderer Staatsangehörigkeit (vgl. Georgi/Kasperek 2009: 40). Fixieren, filtern, entrechten und abschieben – dies sind die Zwecke staatlicher Migrationskontrollen. Eingedenk aller legitimen taktischen Erwägungen – werden diese Zwecke nicht grundlegend und unmissverständlich in Frage gestellt, schneidet das Messer der immanenten Kritik am faulen Kern der Migrationspolitik vorbei. Die linksliberalen Strategien sind berechtigt und notwendig. Und zugleich stärken und legitimieren sie die Ordnung aus der die gewaltvollen Kontrollen notwendig hervorgehen. Dieser Widerspruch ist kein logischer, sondern Ausdruck einer widersprüchlichen Realität. Er ist auszuhalten. Mit ihm ist umzugehen. Mit Agnoli formuliert: Die linksliberale Variante immanenter Kritik ist nicht gescheitert, aber »sie kreist inzwischen um sich selbst: ein endloser Prozeß des Protestes ohne Revolte« (Agnoli 2004: 197).

### **Immanente Kritik II: Die Verhältnisse zum Tanzen zwingen**

Eine radikalere Variante von immanenter Kritik wurde u.a. von Marx und Adorno entwickelt (vgl. Haug et al. 2004). Vereinfacht formuliert zielt immanente Kritik in ihrem Verständnis darauf, durch eine intensive Auseinandersetzung mit der kritisierten Sache, deren inhärente Gegensätze, Antagonismen und Widersprüche herauszuarbeiten. Immanente Kritik zielt darauf, jene Brüche zu finden, an denen emanzipatorische Praxis ansetzen kann. Es geht ihr darum, dass sie den kritisierten Gegenstand »mit seiner eigenen Kraft dorthin treibt, wohin er um keinen Preis

möchte, und ihm mit dem Geständnis der eigenen Unwahrheit Wahrheit abnötigt.« (Adorno 1997b: 14) Marx hat diesen Gedanken emphatisch formuliert »[M]an muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!« (MEW 1: 381).

Diese Kritikstrategie wendet Joseph Carens (1987) an, wenn er das System ungleicher Staatsbürgerschaften unter impliziter Anrufung humanistischer Aufklärungs-ideale als neues Feudalsystem kritisiert: »Staatsbürgerschaft in westlichen liberalen Demokratien ist das moderne Äquivalent zu feudalen Privilegien – ein ererbter Status, der die eigenen Lebenschancen massiv verbessert. Wie ein angeborenes Adelsprivileg, ist restriktive Staatsbürgerschaft kaum zu rechtfertigen, wenn man genau darüber nachdenkt.« (Carens 1987: 252, Übersetzung F. G.) In diesem Sinne kann eine immanente Kritik der Migrationspolitik an die Strategien früherer abolitionistische Kämpfe anknüpfen, also an Kämpfe die auf die vollständige Abschaffung großer Unrechtssysteme zielten: Wenn alle Menschen frei und gleich an Würde und an Rechten geboren sind, dann müssen alle Privilegien und Hierarchisierungen, die auf zufälligen oder ethisch irrelevanten Eigenschaften basieren, abgeschafft werden. Die großen Emanzipationskämpfe gegen Feudalismus und Sklaverei wurden auf dieser Grundlage geführt, ähnlich die Kämpfe gegen Kastensysteme, patriarchale Unterdrückung, die rassistische Entrechtung nicht-Weißer Menschen und die heteronormative Diskriminierung von LGBTI. In der Vergangenheit dachten vor allem Weiße Menschen, dass Schwarze Menschen *natürlich* nicht die gleichen Rechte haben können wie sie. Männer dachten, dass Frauen ihnen *natürlich* untergeordnet seien. Und heute denken die StaatsbürgerInnen des Globalen Nordens<sup>3</sup>, dass die Menschen des Globalen Südens *selbstverständlich* an Grenzen gewaltsam gestoppt und abgeschoben werden dürfen. Eine zugespitzte, immanente Kritik der Migrationspolitik kritisiert diese scheinbare Selbstverständlichkeit von Migrationskontrollen als eine weitere, willkürliche und nicht-rechtfertigbare Hierarchisierung von Menschen. Deshalb zielt sie nicht auf eine »progressive Migrationspolitik«, nicht auf »humane« und »faire« Kontrollen. Sie zielt auf ihre Abschaffung.

### Radikale Analyse

Doch kritische Theorie erschöpft sich nicht in solch strategischer Anrufung immanenter ethischer Normen. Sie ist mehr als konsequente Ethik. Immanente Kritik verkennt letztlich die »Verlötung von Norm und Wirklichkeit« (Agnoli 2004: 197).<sup>4</sup> Kritik muss betrieben werden als radikale, also an die Wurzel gehende Analyse. Sie muss den bedingten, vermittelten Charakter ihres Gegenstandes, seine Stellung im dynamischen, widersprüchlichen Ganzen herausarbeiten, seine Verbindung zu den materiellen Strukturdaten und Widersprüchen der Gesellschaft, die ihn hervorgerufen hat. Gerade weil kritische Theorie sich als Mittel tiefgehender Veränderung versteht, muss sie ihren Gegenstand tiefgehend verstehen. Kritische Theorie ist der nüchterne Kopf einer leidenschaftlichen Negativität. Sie analysiert radikal (geduldig, gründlich und so sachlich wie möglich), weil sie Mittel zum Zweck leidenschaftlich angestrebter radikaler Veränderungen ist (vgl. MEW 1: 380; Demirović 2008: 34ff.). Als Kritik der Politik geht sie somit über zu einer »negativen wissenschaftliche Aufgabe« (Agnoli 2004: 198), das heißt, sie muss erforschen, welche sozialen, ökonomischen und politischen Prozesse, welche Kämpfe und sozialen Kräfte den kritisierten

Gegenstand historisch hervorgebracht haben. Die Erkenntnisse solcher Forschung können eine kritische Theoretikerin wiederum dazu führen, die Existenzialurteile, von dem sie ihre Kritik aus entfaltet, neu zu beurteilen und zu modifizieren.

Eine solche Analyse der Migrationspolitik wird im Folgenden nur angedeutet. Allgemein gesprochen sind die unerträglichen Lebensbedingungen vieler Menschen im Globalen Süden direkte und indirekte Folge von Jahrhunderten des Kolonialismus, Imperialismus und einer bis heute neokolonialen Weltwirtschaftsordnung. Konkreter gefasst, reagierten die Menschen, deren Migration die Industriestaaten ab den 1980er Jahren zunehmend restriktiv ›managen‹ wollten, mit ihrer Mobilität zu großen Teilen auf die Folgen von Prozessen, die die Staaten des Globalen Nordens selbst mit initiiert hatten, um die kapitalistische Strukturkrise der 1970er Jahre zu überwinden. Um dem überakkumulierten Kapital neue Anlagemöglichkeiten zu bieten und die Profitraten zu steigern, wurden in heftig umkämpften Prozessen, in großen Teilen der Peripherie Politiken durchgesetzt, die zu einer ›Akkumulation durch Enteignung‹ (Harvey 2005) führten – häufig organisiert durch Bündnisse zwischen lokalen Eliten und IWF und Weltbank: lokale Märkte wurden der Weltmarktkonkurrenz geöffnet; Landwirtschaft wurde industrialisiert und Millionen KleinbäuerInnen mussten in die Slums der neuen Mega-Städte ziehen; öffentliche Güter wurden privatisiert (Wasser, Gesundheit, Bildung) oder zusammengestrichen (Sozialprogramme, Subventionen für Grundnahrungsmittel); natürliche Lebensgrundlagen wurden überbaut, zerstört oder vernutzt. Hunderte von Millionen Menschen wurden vertrieben oder proletarisiert. Weitere Millionen flohen vor Repression und Bürgerkriegen, die häufig mit diesen ›Reformen‹ einhergingen. Einige dieser Menschen reagierten mit einer vom Globalen Norden nicht-intentierten, eigensinnigen und relativ autonomen Mobilität. Als Flüchtlinge und WanderarbeiterInnen versuchten sie, im Globalen Norden Schutz, Arbeit und ein (etwas) besseres Leben zu finden.

Die Bevölkerungen des Globalen Nordens reagierten überwiegend restriktiv. Diese Reaktionen hatten eine strukturelle Qualität. Seit Ende des 19. Jahrhunderts, und insbesondere nach der Großen Depression und dem Zweiten Weltkrieg wandelten sich die Länder des Globalen Nordens in umkämpften Prozessen zu »national-sozialen Staaten« (Balibar 2010: 25), die Sozialpolitik und Nationalismus mit dem Effekt kombinierten, die explosiven Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung zu regulieren, zu prozessieren. Der national-soziale Wohlfahrtsstaat, so Balibar, war historisch »absolut unentbehrlich« (ebd.) um die durch soziale Kämpfe zerrissenen kapitalistischen Gesellschaften zu stabilisieren und so die politische Herrschaft in Form nationaler Einzelstaaten zu organisieren, eine notwendige Bedingung der Hegemonie wechselnder Kapitalfraktionen überhaupt (vgl. Hirsch/Kannankulam 2009).

Die Bevölkerung des Globalen Nordens wurde zunehmend von ›ihren‹ national-sozialen Staaten abhängig, von ihren öffentlichen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystemen, und von staatlich regulierten Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen. Es entstand eine »objektive Abhängigkeit des Individuums vom Schicksal ›seines‹ Staates in der Weltmarktkonkurrenz« (Ums Ganze 2009: 74). Doch um zu funktionieren, mussten diese national-sozialen Staaten Nicht-Staatsangehörige von ihrem Territorium ausschließen, entfernen oder, was häufig vorkam, sie abgestuft entrechteten. Gestützt und vermittelt durch im Kolonialismus entstandene rassistische Muster, organisieren Staatsangehörigkeitsrecht und Migrationspolitiken diese Ausgrenzung. Sie sichern die national-sozial organisierte, auf weltweitem Zugriff auf

Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts beruhende »imperiale Lebensweise« (Brand/Wissen 2011) im Globalen Norden, indem sie die massiven sozialen Ungleichheiten des Weltsystems gewaltsam in getrennte Territorien fixieren. Deshalb unterstützten die Bevölkerungen des Globalen Nordens die Existenz und ständige Anpassung von Migrationskontrollen beinahe instinktiv, vorbewusst. Migrationskontrollen besitzen eine »tiefe Hegemonie«. Sie sind Teil des Staatsfetisch. Wie der Staat insgesamt erscheinen sie »dem Alltagsbewusstsein als selbstverständliche und unhintergehbare Voraussetzung individueller Existenz« (Ums Ganze 2009: 74). »Offene Grenzen« und »gleiche Rechte für alle« sind im Rahmen national-sozialer kapitalistischer Staaten nicht möglich.

Große Teile der Bevölkerungen des Globalen Nordens reagierten ab den 1980er Jahren u.a. auch deshalb besonders scharf auf die subalterne Mobilität, weil sie selbst durch neoliberale Reformen unter Druck standen: Als Reaktion versuchten diese privilegierten Sektoren der »WeltarbeiterInnenklasse« (van der Linden/Roth 2009: 560ff.), ihre imperiale Lebensweise u.a. durch repressiv ausgebaute Migrationskontrollen abzusichern.

Migrationskontrollen sind zudem Teil von Arbeitskraftregimen. Kapitalistische Akkumulation beruht immer auf anderen Herrschaftsverhältnissen. Rassismus legitimiert(e) Kolonialismus, Sklaverei und ethnisch segregierte Arbeitsmärkte. Sexismus organisiert(e) »kostenlose« oder billige (Reproduktions-)Arbeit von Frauen. Diese Herrschaftsverhältnisse artikulierten sich seit der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems im 16. Jahrhundert u.a. in einer Abfolge von Arbeitskraftregimen, die trotz aller Unterschiede auf dasselbe Problem reagierten: den Bedarf an Arbeitskraft, möglichst billig, flexibel und kontrollierbar, und verfügbar, wann und wo kapitalistische Produktion beginnen soll. Koloniale Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Sklaverei, »Kuli-System« und die Entrechtung von »Gastarbeitern« stehen deshalb als Arbeitskraftregime trotz aller Unterschiede in einem historischen Zusammenhang (vgl. Potts 1988).

Die gegenwärtige Politik des »Migrationsmanagements« kann als jüngster Versuch begriffen werden, Teile der WeltarbeiterInnenklasse abgestuft zu entrechteten, dieses Mal durch ihre diskursive und staatlich-administrative »Migrantisierung«. Im Effekt zielt Migrationsmanagement auf ein System »globaler Apartheid« (Balibar 2004: 113): Ähnlich wie in Südafrika bis 1994 soll die überwiegende Mehrheit subalternen bzw. peripherer Bevölkerungen in ihren »Homelands« fixiert werden, während Mobilität und Arbeitskraft nützlicher Gruppen durch Pässe, Visa und Grenzen strikt reguliert und selektiv inwertgesetzt, also profitabel gemacht werden soll. Die Konsequenz ist, dass die meisten Menschen im Globalen Süden unmenschlichen Lebensbedingungen nur schwer entkommen können. Auch deshalb kann der Globale Norden diese Bedingungen weitgehend ignorieren: Weil die Bevölkerungen des Globalen Südens mehrheitlich keine »Exit-Option« haben, ist ihre »Voice-Option« geschwächt, also ihre Möglichkeit durch politische Organisation, Protest und Widerstand Veränderungen herbeizuführen (Afrique-Europe-Interact et al. 2011). Migrationskontrollen haben den Effekt, subalterne Bevölkerungen im Globalen Südens zu ent-machten, ihre Stellung in den nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen massiv zu schwächen – und so ihren inferioren Status zu verewigen. Globale Bewegungsfreiheit würde deshalb die Machtstellung der subalternen Fraktionen der WeltarbeiterInnenklasse dramatisch verbessern.

### Praktische Kritik

Doch selbst solch radikale Interpretation ist »immer noch Gesinnung [...]. Es genügt nicht, angesichts der Mißstände die Zustände verantwortlich zu machen« (Agnoli 2004: 200). Die Differenz kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung zum Mainstream ergibt sich nicht aus klügerer Interpretation. Die Kritik der Migrationspolitik »ist nicht irgendeine Forschungshypothese, die im herrschenden Betrieb ihren Nutzen erweist« (Horkheimer 2003: 263). Es geht ihr nicht darum, die Welt unterschiedlich zu interpretieren, sondern sie emanzipatorisch zu verändern. »We do not want a theory of domination, we want a theory of struggle.« (Holloway 2012: 516). Der Beruf eines oder einer kritischen Intellektuellen, so Horkheimer, »ist der Kampf, zu dem sein[/ihr] Denken gehört, nicht das Denken als etwas Selbstständiges, davon zu Trennendes.« (Horkheimer 2003a: 233). Die Differenz zwischen kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung und dem akademischen Betrieb ergibt sich aus diesem Selbstverständnis und aus dem Grad in dem es ihr gelingt, zu der historischen Anstrengung beizutragen, »eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt« (Horkheimer 2003b: 263).

Das Element dieser Anstrengung, mit dem die Kritik der Migrationspolitik auf engste verbunden ist, ist das abolitionistische Projekt einer Abschaffung von Migrationskontrollen, ist das Projekt globaler Bewegungsfreiheit. Dieses Projekt gilt heute noch immer als naiv, im schlechten Sinn utopisch. Eine kritische Theorie der Migrationspolitik kann dazu beitragen dieses gegenhegemoniale Projekt sagbar und vertretbar zu machen. Sie kann helfen, besser verstehbar zu machen, wie es sich begründen lässt und wie es mit älteren abolitionistischen Bewegungen verbunden ist. Sie muss den Finger in die Wunde des Wissens über die nicht-aufhebbare Unmenschlichkeit der Kontrollen legen und immer wieder auf die engen Grenzen gerade der linksliberalen Variante immanenter Kritik hinweisen. Sie muss durch historische und materialistische Analysen das Verständnis der (nicht zuletzt polit-ökonomischen) Zusammenhänge zwischen Migrationskontrollen, Kapitalismus und Rassismus vertiefen. Erst so ließen sich verstehen, welche umfassenden Bedingungen globale Bewegungsfreiheit hat und wie der Kampf darum, mit anderen Emanzipationskämpfen verbunden ist. Eine kritische Theorie der Migrationspolitik hat viel zu tun.

### Literatur

- Adorno, Theodor W. (1997a) Gesammelte Schriften 4. Minima Moralia. Frankfurt am Main.  
 Adorno, Theodor W. (1997b) Gesammelte Schriften 5. Zur Metakritik der Erkenntnistheorie. Drei Studien zu Hegel. Frankfurt am Main.  
 Afrique-Europe-Interact/ Welcome to Europe/ Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (2011) Freiheit statt Frontex, in: Analyse & Kritik 559/18. 3. 2011, [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak559/22.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak559/22.htm) (17. 12. 2012)  
 Agnoli, Johannes (2004) Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik. In: Ders., Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg, 193-202.  
 Balibar, Étienne (2004) We, the People of Europe. Princeton.  
 Balibar, Étienne (2010) Kommunismus und (Staats)Bürgerschaft. In: Demirović, Alex/ Adolphs, Stephan/ Karakayali, Serhat (Hg.) Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Baden-Baden, 19-34.



- Bonß, Wolfgang (2003) Warum ist die Kritische Theorie kritisch? In: Demirović, Alex (Hg.) Modelle kritischer Gesellschaftstheorien. Stuttgart, 366-390.
- Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2011) Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise, in: Alex Demirović et al. (Hg.) Vielfachkrise. Hamburg, 79-94.
- Carens, Joseph H. (1987) Aliens and Citizens: The Case for Open Borders. In: The Review of Politics 49 (2), 251-273.
- Demirović, Alex (2008) Leidenschaft und Wahrheit. Für einen neuen Modus der Kritik. In: Ders. (Hg.) Kritik und Materialität. Münster, 9-40.
- FFM (2013) Veröffentlichungen der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, <http://www ffm-berlin.de/publchron.html> (24. 2. 2013).
- Georgi, Fabian (2012) Mit dem Messer der Kritik zum faulen Kern. Noborder und kritische Theorie, in: Hinterland, 21/2012, 71-75. <http://www.hinterland-magazin.de/pdf/21-71.pdf> (17. 12. 2012).
- Georgi, Fabian/ Kasperek, Bernd (2009) Jenseits von Staat und Nation. Warum Frontex abzuschaffen ist. In: Informationsstelle Militarisierung e.V. (Hg.) Frontex. Widersprüche im erweiterten Grenzraum. Tübingen, 39-42.
- Georgi, Fabian/ Wagner, Fabian (2009) Macht Wissen Kontrolle. In: Kulturrisse, 01/2009, 24-27. <http://kulturrisse.at/ausgaben/012009/oppositionen/macht-wissen-kontrolle> (17. 12. 2012).
- Georgi, Fabian/ Schatral, Susanne (2012) Towards a Critical Theory of Migration Control. In: Geiger, Martin/ Pécouc, Antoine (Hg.) The New Politics of International Mobility. IMIS-Beiträge 40. Osnabrück, 193-221. <http://www.imis.uni-osnabrueck.de/pdffiles/imis40.pdf> (6. 3. 2013).
- Harvey, David (2005) Der neue Imperialismus. Hamburg.
- Haug, Wolfgang Fritz/ Karydas, Dimitris/ Weber, Thomas (2004) Immanente Kritik. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus 6/I. Hamburg, Sp. 798-810.
- Hess, Sabine/ Kasperek, Bernd (2010) Einleitung. Perspektiven kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung. In: Dies. (Hg.) Grenzregime. Berlin/Hamburg, 7-22.
- Hirsch, Joachim/ Kannankulam, John (2009) Die Räume des Kapitals. Die politische Form des Kapitalismus in der ›Internationalisierung‹ des Staates. In: Hartmann, Eva/ Kunze, Caren/ Brand, Ulrich (Hg.) Globalisierung, Macht und Hegemonie. Münster, 181-211.
- Holloway, John (2004) Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Münster.
- Holloway, John (2012) Crisis and critique. In: Capital & Class, 36 (3), 515-519.
- Horkheimer, Max (2003a) Traditionelle und kritische Theorie. In: Ders., Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze. Frankfurt am Main, 205-269.
- Horkheimer, Max (2003b) Nachtrag. In: Ders., Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze, Frankfurt am Main, 261-269.
- Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hg.) (1992) Rassismus und Migration in Europa. Hamburg.
- Linden van der, Marcel/ Roth, Karl-Heinz (2009) Ergebnisse und Perspektiven. In: Dies. (Hg.) Über Marx hinaus. Berlin/ Hamburg, 557-600.
- MEW: Marx-Engels-Werke. Berlin, 1967ff..
- No Border Lasts Forever (2010) Vom Abolitionismus zur Bewegungsfreiheit? <http://conference.w2eu.net/files/2010/12/abolitionismus.pdf> (1. 6. 2012).
- Potts, Lydia (1988) Der Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart. Hamburg.
- Spaich, Herbert (Hg.) (1982) Asyl bei den Deutschen. Reinbek bei Hamburg.
- Transit Migration Forschungsgruppe (2007) Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld.
- Ums Ganze (2009) Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit, [http://umsganze.org/media/Staatstext\\_web.pdf](http://umsganze.org/media/Staatstext_web.pdf) (17. 12. 2012).

### Anmerkungen

- 1 Die hier dargestellte Argumentation wurde zuerst entwickelt in Georgi/Schatral 2012. Eine frühere und kürzere Version des vorliegenden Artikels ist erschienen als Georgi 2012. Für Diskussionen, Kritik und Kommentare zu verschiedenen Versionen dieses Textes danke ich Martina Benz, Sonja Buckel, Judith Kopp, Wolf-Dieter Narr, Susanne Schatral, Raphael Schlembach und Helge Schwirtz.
- 2 Dazu gehören neben Protesten in Ungarn Frankreich und den Niederlande, u.a. der »Refugee Protest March« von Würzburg nach Berlin im September/Oktober 2012 (vgl. [refugeetentaction.net](http://refugeetentaction.net)), der in ein Protestcamp am Berliner Oranienplatz mündete (vgl. [asylstrike-berlin.wordpress.com](http://asylstrike-berlin.wordpress.com)), sowie ein Protestmarch vom österreichischen Traiskirchen nach Wien, dem sich im November 2012 ein Camp auf dem Sigmund-Freud-Platz anschloss, das in die bis März 2013 andauernde Besetzung der nahen Votivkirche überging (vgl. [refugeecampvienna.noblogs.org](http://refugeecampvienna.noblogs.org)).
- 3 Das Begriffspaar »Globaler Norden/ Globaler Süden« bezeichnet ungleiche soziale, politische und ökonomische Positionen, die nicht allein geographisch bestimmt sind. Es ersetzt Konzepte wie »entwickelt/unterentwickelt« und »Erste Welt/Dritte Welt«.
- 4 Dies Einsicht darf jedoch nicht dazu führen, dass »Kind mit dem Bade« (Adorno 1997a: 48) auszuschütten. Gegen einen allzu konsequentes, vulgär-materialistisches »Wettern über die Lüge« (ebd.), welche die humanistischen Ideale bürgerlicher Kultur in einer kapitalistischen Gesellschaft darstellen, hält Adorno fest: »Daß die Kultur bis heute mißlang, ist keine Rechtfertigung dafür, ihr Mißlingen zu befördern, indem man wie Katherlieschen noch den Vorrat an schönem Weizenmehl über das ausgelaufene Bier streut.« (ebd.: 49)